1745

Grundlagen der Lösung dieser Frage. Sie nennen uns nationale Verräter. Das wird so ein Ehrenname werden, den wir gern tragen. Wir sind uns bewußt, daß wir gute Deutsche wie jene guten Tschechen sind, und weil wir gute Deutsche sind, wollen wir für das deutsche Volk die Selbstregierung in diesem Lande erkämpfen. (Lebh. Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen für die Deutschen die Autonomie, die **volle Selbstregierung von der Gemeinde bis hinauf zum Staate.** Weil wir aber unser Volk zu jener Höhe der Demokratie und Selbstregierung hinaufführen wollen, wissen wir auch, daß wir das nie erreichen können, wenn wir nicht allen anderen Völkern dieselbe Selbstregierung gönnen. (Lebh. Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Darum stehen wir mitten in diesem wahnsinnigen Kampfe, mitten in dieser Orgie der nationalistischen Bestialität **geschlossen, wir, der Sozialdemokratische Verband, der alle Nationen umfaßt, und sagen: Wir rühren uns nicht und weichen nicht, uns gehört die Zukunft!** Und wir werden den Gedanken der Autonomie auch zu wahren wissen nicht nur gegen seine Feinde, sondern auch gegen seine falschen Freunde. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Wort „nationale Autonomie" ist in letzter Zeit verfälscht worden; nationale Autonomie heißt nicht zuerst Zweiteilung, heißt überhaupt nicht vor allem Teilung, heißt vor allem Vereinigung des ganzen deutschen Volkes und des ganzen tschechischen Volkes (Lebh. Beifall bei den Soz.). Vereinigung über die Barrieren jener feudalen, aus dem Mittelalter überkommenen Grenzen der Kronländer hinaus. Wir wollen die Konstituierung der deutschen Nation als Nation, darum wollen wir aber auch die Konstituierung der tschechischen Nation als Nation; nicht nur als Sozialdemokraten, sondern als Deutsche wollen wir, daß Tschechen ihr Recht bekommen wie jedes andere Volk. (Lebh. Beifall bei den Sozialdemokraten.) Und glauben Sie nicht, daß das etwa nur wir Deutschen sind, wir sind einig mit unseren tschechischen Genossen, so viel wir im einzelnen unter uns abzumachen haben. Wir sind über die Grundsätze einig, und wir haben dies in den bittersten Stunden bewährt. **Die Exzesse in Prag und in ganz Deutschböhmen verurteilen wir, deutsche sowie tschechische Sozialdemokraten,** wir wollen das Recht der Minorität respektiert wissen, in Prag, aber auch in ganz Deutschböhmen (Lebh. Beifall bei den Sozialdemokraten.) und die Vergewaltigung der Hochschüler der Prager Universität ist keine schlimmere Sache als die Vergewaltigung der Volksschüler in Deutschböhmen, denen man keine Schulen errichtet. (Lebh. Beifall bei den Sozialdemokraten.)"

Als Adler seine Rede geschlossen hatte, war der Kampf um die Existenz des Parlaments entschieden. Der moralische Eindruck seiner Worte hatte die Kraft der Obstruktion gebrochen. Wohl gab es dann, als der Tschechischradikale Udrzal und der Alldeutsche Jäger sprachen, Lärmszenen, wohl haben sie sich heute bei der Rede des Tschechischklerikalen Schilinger wiederholt, aber weder gestern noch heute vermochten sie den Gang der Debatte zu hemmen. Die Ueberzeugung, daß im Parlament des gleichen Wahlrechts Willkür und Frechheit kleiner Gruppen nicht mehr über das höchste Recht des Volkes verfügen können, ist durch die Aktion der Sozialdemokraten, ist durch die Rede Adlers tief befestigt worden. Das fühlt und weiß jeder, und so stark ist das Empfinden von dem entscheidenden Eingreifen der Sozialdemokraten, daß es sich bei deren heftigsten Gegnern unwillkürlich zu Worte meldet. Die christlichsoziale Presse, die sich windet unter dem Griff, der ihre „Thronfolgerpolitik" grausam enthüllt hat, bekennt, daß die Sozialdemokratie „als echte Volkspartei an der Arbeitsfähigkeit des Hauses ein wirkliches Interesse habe"; die offiziöse Presse — die Presse desselben Bienerth, dessen jämmerliche Unfähigkeit Adler dem allgemeinen Gelächter preisgegeben — schreibt nahezu aus demselben Ton. Die machtvolle Stellung der Sozialdemokratie im österreichischen Abgeordnetenhause ist vielleicht noch nie so deutlich hervorgetreten wie gestern. Den Druck ihrer eisernen Faust haben gestern rechts und links alle zu spüren bekommen.

* * *

Unter dem Standrechte.

Prag, 4. Dezember. Die **Sozialdemokraten** forderten die Stadtgemeinde, Bürgermeister und Stadträte auf, **die Bürgschaft dafür zu übernehmen, daß die Ruhe und Ordnung nicht weiter gestört werden,** damit im Interesse der durch die Tumulte und Absperrungen schwer geschädigten Geschäftswelt noch vor der Weihnachtswoche das Standrecht aufgehoben werde. Die Stadt ist vollkommen ruhig. Man nimmt daher maßgebenden Orts an, daß es möglich sein werde, das Standrecht noch vor Weihnachten aufzuheben. Jedoch wird die Regierung gleichfalls an die Bevölkerung die ernste Mahnung richten, fortan jede demonstrative Kundgebung zu unterlassen, da sonst das Standrecht sofort wieder verhängt würde.

*

Prag, 4. Dezember. Die Aufhebung des Standrechtes wird für die nächsten Tage erwartet. Das Verbot, Farben zu tragen, bleibt bestehen.

*

Der „Landesverräter".

Wien, 4. Dezember. Gestern um 11 Uhr nachts wurde im Wiener Rathauskeller der tschechische Abgeordnete Klofac unter großen Sturmszenen hinausgeworfen. Landtagsabgeordneter Schneider, der Antisemitenführer, der 1891 nach dem Bruch des Ausgleichs mit den Deutschen mit einer Anzahl Gleichgesinnter nach Prag kam, um die Deutschen zu höhnen und mit den Tschechen zu fraternisieren, gab den Anlaß zu der Hinausbeförderung Klofacs aus dem Rathauskeller. Schneider rief, als er des Abgeordneten Klofac ansichtig wurde, in den Saal hinein: „Silentium, hier im Saal ist Klofac; ich glaube, der Herr soll sich entfernen!" Das Publikum rief: „Abzug Klofac! Hinaus mit ihm." Schneider schrie: „Sie Landesverräter stehen im Solde der Serben. Sie haben auch auf Wiener Boden nichts zu suchen. Verlassen Sie den Rathauskeller." Da Klofac der Aufforderung nicht Folge leistete, brach das Publikum in leidenschaftliche Pfui- und Abzugsrufe aus. Der Rathauswirt mußte Klofac veranlassen, den Saal zu verlassen. Währenddessen warf das Publikum Semmeln, die in Wein aufgeweicht waren, auf Klofac und bestürmte ihn mit Wein. Schließlich wurde er aus dem Saal gedrängt.

Keine Rücksicht auf die Tabakarbeiter?!

Nach den Meldungen der Organe der konservativen und der nationalliberalen Partei ist das Schicksal der Tabaksteuer in den Parteifraktionen bereits entschieden: **„Erhöhung der Tabaksteuer in Anlehnung an die bestehende Steuergesetzgebung unter Ablehnung der Bandérole",** erklärt am 2. Dezember die Kölnische Zeitung. Die Deutsche Tageszeitung ist derselben Meinung und fügt noch hinzu, daß die verbündeten Regierungen weniger Wert auf die Form der Steuer legen, als darauf, daß sie etwas einbringt. Angesichts dieser Situation dürfte es nunmehr aber doch wohl angebracht sein, die Parteien an ihre bisherige Haltung gegenüber einer Mehrbelastung des Tabaks zu erinnern.

Konservative und Tabaksteuer.

Die konservative Kreuzzeitung hat wiederholt scharfe Artikel gegen jede Mehrbelastung des Tabaks gebracht. Am 30. September 1868 schrieb dieselbe: **„Man kann nur mit Schrecken an die verheerenden Wirkungen der durch die Fabrikatsteuer bedingten Arbeitslosigkeit denken."**

Zu der beantragten Zollerhöhung von 85 M. auf 125 M. pro Doppelzentner erklärte am 10. Januar 1906 der konservative Abgeordnete Rettich: „Meine politischen Freunde haben mannigfache Bedenken gegen dieselbe. Es läßt sich wohl nicht ableugnen, daß eine zu große Erhöhung des Zolles leicht die Tabakfabrikation und die Zigarrenfabrikation aus den bisherigen Stellen verdrängen könnte, und das wäre im Interesse der Arbeiterbevölkerung, die in der Tabakindustrie beschäftigt ist, im höchsten Grade zu bedauern. Das müßte vermieden werden."

Graf Kanitz erklärte am 11. Januar 1906: daß er das Tabakmonopol noch immer für die glücklichste Lösung der Tabaksteuerungsfrage halte. „Wir gehen," sagte er, „sehr ungern an diese Tabaksteuervorlage heran wegen der Arbeiter, die dort ihren Erwerb finden und welche **schweren Schädigungen** entgegengehen."

Von Kardorff am 10. Januar 1906: „Zu vermeiden sind in der Tat Wiederholungen derjenigen Verschiebungen in der Fabrikation, welche seinerzeit dazu geführt haben, daß viele Tausende von Arbeitern im Norden Deutschlands — Hamburg, Bremen — sich in ihrem Erwerb gestört sahen, und daß die Tabakfabrikation in Süddeutschland einsetzte. Solche Verschiebungen sind sehr bedenklicher Natur, und wir sollten sehen, daß die durch dieses Tabaksteuergesetz vermieden würden."

Gamp erklärte am 11. Januar 1906, daß er der beantragten Zollerhöhung noch weniger freundlich gegenüberstehe als die Mehrzahl seiner politischen Freunde, und befürchtet namentlich, daß die Industrie immer mehr nach dem Süden gedrängt werde.

*

Nationalliberale und Tabakzollerhöhung.

Die Meldung, daß sich die nationalliberale Fraktion für eine Tabakzollerhöhung entschieden habe, klingt um so befremdlicher, als die Nationalliberalen 1906 allein fünf Redner gegen die Zollerhöhung ins Feld schickten, die Abgeordneten Bassermann, Büsing, Patzig, Lichtenberger und Held.

Als „langjähriger Fachmann" schilderte am 12. Januar 1906 der Abgeordnete Lichtenberger die schlimmen Wirkungen der Zollerhöhung von 1879 auf die Industrie und vor allem **auch auf den Tabakbau** in Deutschland und erklärte zum Schluß: „Meine Herren, wir können also der vorgeschlagenen Erhöhung der Steuer und des Eingangszolles auf Rohtabak **nicht** zustimmen. Wir dürfen diesen Weg nicht beschreiten, der uns wiederum zu einem groben fiskalischen Eingriff in die wirtschaftlichen Verhältnisse führen würde, und den ich **sozialpolitisch nur als gänzlich verkehrt und unzeitgemäß** bezeichnen kann."

Von den übrigen Rednern wollen wir nur die Ausführungen des Abgeordneten Büsing wiedergeben, der am 9. Januar 1906 das folgende ausführte: „Anders, meine Herren, steht es mit der höheren Besteuerung des Tabaks. Ich gebe zu, daß der Tabak ein sehr geeignetes Steuerobjekt ist, aus dem andere Staaten ganz gewaltige Summen ziehen, teils in Form sehr hoher Zölle, teils in Form des Tabakmonopols. Wer meine Freunde und ich sind der Ansicht, daß **für Deutschland** der richtige Augenblick für die eingreifende Besteuerung des Tabaks verpaßt ist, und daß sich diese Versäumnis **jetzt nicht wieder einholen läßt.** (Sehr richtig!) Meine Herren, beim Tabak handelt es sich um drei Interessengruppen: um den inländischen Tabakbau, der geschützt werden will, um die deutsche Zigarrenindustrie, die den inländischen Tabak verarbeitet, und um die große norddeutsche Zigarrenindustrie, die ausländischen Tabak verarbeitet. Diese drei Betriebe haben sich während ... und entwickelt auf der Tabaksteuergesetzgebung vom Jahre ... Jede Erhöhung des Zolls und jede Erhöhung der Inlands... eine Verschiebung der gegenseitigen Konkurrenz mit sich ... möglich, die Erhöhung der Inlandsteuer und die Erhöhung ... landszolles so gegeneinander abzuwägen, daß der gegenseitige Wett... bewerb zwischen diesen drei Faktoren dadurch nicht gestört oder be... einträchtigt wird. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die billige Zigarre des Massenverbrauchs. Wie Sie es auch einrichten, wie Sie auch den Zoll auf ausländischen Rohtabak gestalten, Erhöhung der Inlandsteuer erhöhen, immer ergibt sich eine Verschiebung der gegenseitigen Konkurrenzverhältnisse um so mehr, als dabei nicht nur Steuer und Zoll in Frage kommen, sondern auch noch manche andere Momente, wie z. B. der Unterschied zwischen der Höhe der Löhne in Norddeutschland und Süddeutschland. Also es ist **nicht möglich, ohne sehr berechtigte Interessen zu schädigen,** an der **gegenwärtigen Besteuerung des Rohtabaks etwas** zu ändern. Wie Ihnen bekannt, kommen in der Tabakindustrie ganz gewaltige Arbeitermengen in Frage. Es werden wohl über 200 000 Arbeiter hier die in der deutschen Tabakindustrie beschäftigt sind. Sobald in den Bedingungen des Wettbewerbs auch nur im geringsten geändert, leidet nicht nur die eine Industrie, sondern es leiden **die sämtlichen in der Industrie beschäftigten Arbeiter,** die unter Umständen brotlos werden können. **Darauf müssen wir Rücksicht nehmen,** und deshalb komme ich zu dem Resultat, daß wir an der gegenwärtigen Besteuerung des Rohtabaks nichts ändern können."

Wie angesichts dieser konsequenten Stellungnahme gegen jede Zollerhöhung im Jahre 1906 sich jetzt — nach zwei Jahren — die Nationalliberalen für eine Zollerhöhung erklärt haben, erscheint für den einfachen Menschenverstand ganz unbegreiflich.

Deutsches Reich.

Die Radbod-Katastrophe.

Die Untersuchung über die Ursachen der Katastrophe auf Zeche Radbod ist noch nicht abgeschlossen. Jetzt richtet die Arbeiterpresse an die Staatsbehörden die öffentliche Aufforderung, festzustellen, ob auf der Grube Radbod an dem Unglückstage in der Grube noch lagerndes Gelatinedynamit gefunden sei? Dessen Benutzung war schon am 30. Oktober verboten. Das Material war aber nicht zurückgerufen worden. Wenn dies zutreffe, ist das Rätsel von der Entstehung des Grubenbrandes gelöst. Da acht Stunden vor der Katastrophe im Revier des Steigers Steinbach ein Brand ausgebrochen war, so dürfte nach dieser Annahme die Explosion auf Entzündung des Gelatinedynamits zurückzuführen sein. Weiter wird die öffentliche Anfrage an die Bergbehörde gerichtet, ob die Staatsanwaltschaft nach der Katastrophe die Dynamitbücher der Zeche geprüft habe. Ende nächster Woche soll mit der Wasserförderung begonnen werden. Es muß noch eine besondere Förderkonstruktion zur Hebung des Wassers, in dem wochenlang 300 Tote gelegen haben, hergerichtet werden.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses begründete Genosse Hirsch den sozialdemokratischen Antrag auf Freilassung der Einkommen bis zu 1200 Mark von jeder Steuer. Die Redner des Zentrums, der Nationalliberalen und der Freisinnigen bezeichneten den Antrag zwar als „sehr erwägenswert", sprachen sich aber dagegen aus, da es sich im Augenblick darum handle, der Regierung neue Mittel zu bewilligen, nicht aber die Einnahmen zu kürzen. Von einer Erhöhung der Ergänzungssteuer, durch die die Sozialdemokratie den Ausfall wieder wettmachen wollte, wollen die bürgerlichen Parteien nichts wissen. Da auch die Vertreter der beiden konservativen Parteien gegen den Antrag sind, ist seine Ablehnung sicher.

Zur bayrischen Steuerreform.

Nach einer dreitägigen Debatte im Steuerausschuß wurde der sozialdemokratische Antrag: Einführung einer progressiven Vermögenssteuer als Ergänzungssteuer zum Einkommensteuergesetz und Ueberweisung der reformierten Ertragssteuern an die Gemeinden, mit 20 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Gegen den Antrag stimmten die Parteigenossen, das Zentrum, die Bündler und Konservativen geschlossen. Die im Block vereinten Liberalen und Demokraten änderten im Laufe der Diskussion ihre Stellung

Demokratische und republikanische Bestrebungen in Dresden im Jahre 1848.

3

Daß die Republikaner ihre meisten Anhänger unter den Arbeitern hatten, das zeigte sich schon bei der Gründung des Arbeitervereins, über den sich die regierungstreuen Bürger sehr aufregten und zu deren Beruhigung der Literat Matthaey die Erklärung veröffentlichte, der Verein sei kein republikanischer. Mehr noch aber beweist dies der Aufruf des Deutschen Vereins vom 30. Juni: „An unsere Mitbürger vom Arbeiterstand." Die „lieben Arbeiter" und „deutschen Brüder" werden da vor allem gefragt, ob sie denn auch wüßten, was eine Republik sei? Daß das „angestammte Königshaus gestürzt" werden müsse, wenn man die Republik einführen wolle? Und dann wird den Arbeitern erzählt, daß in den republikanischen Staaten des Altertums die Arbeiter Sklaven gewesen seien, auch die Republik Amerika habe wieder die Sklaverei eingeführt, usw. Republik bedeute also keineswegs die Freiheit für die Arbeiter.

Der Deutsche Verein legte eine Petition an das Parlament in Frankfurt a. M. aus, in der verlangt wird, keine Republik einzuführen. Die Republikaner petitionierten um eine Republik und verkauften in der Stadt republikanische Kokarden.

Am 12. Juli legten nun mehrere Mitglieder des Vaterlandsvereins ihre „Masse" günstlich ab. Fränzel, Schärf, Wollweber und Seydler erließen — als provisorischer Ausschuß — eine Erklärung, in der sie von der Gründung eines republikanischen Vereins Mitteilung machten. „Von der festen Ueberzeugung durchdrungen", sagten sie, „daß das Selbstbewußtsein der heutigen gebildeten Menschheit . . . keineswegs zu einer anderen als nur zu der republikanischen Staatsform den nächsten Uebergang nehmen könne, von der festen Ueberzeugung ferner durchdrungen, daß die Konstitution den Freistaat, d. h. die republikanische Staatsform, bringen müsse, hat sich hier ein republikanischer Verein gegründet." Sie würden keine Gewalt anwenden, aber wenn die Reaktion ihr Haupt allzuhoch erhebe, um die Freiheiten zu vernichten, würden sie der Gewalt mit Gewalt begegnen. In der Versammlung des Vaterlandsvereins am 29. Juli wurde sodann eine Zuschrift vom republikanischen Verein verlesen, worin dieser sein Glaubensbekenntnis dahingehend ablegt, daß er die demokratische Republik für die beste Staatsform und für diejenige ansehe, welche der Zukunft Deutschlands bevorstehe, daß er aber, da die Majorität des Volkes noch zurzeit für konstitutionelle Monarchie sei, sich dem geltenden Gesetze unterwerfe und nur mit den Waffen des Geistes für seine Ansicht kämpfen wolle. Mit dem Vaterlandsverein wünsche er in ein freundschaftliches Verhältnis zu treten.

Die Vaterlandsvereine bekamen nun aber auch bald einen republikanischen Charakter. In der Hauptversammlung der Vaterlandsvereine Sachsens am 3. September 1848 in Dresden wurde der Satz in dem Grundgesetz der Vereine: „Mit dem Volke will der Verein Beibehaltung und Fortbildung der konstitutionellen Monarchie" usw. mit einer Stimme Mehrheit gestrichen, und zwar mit der Begründung des Leipziger Vereins, das Volk wolle das ja gar nicht!*

Die Auseinandersetzungen über die Republikfrage setzten nun von neuem ein. Die regierungstreuen Mitglieder des Deutschen Vereins tobten gegen die Vaterlandsvereine und denunzierten diese der republikanischen Verschwörung. Auch unter den Mitgliedern des Vaterlandsvereins waren die Meinungen noch geteilt. Als daher die Dresdner Zeitung am 28. September ihre Probenummer herausgab, beschäftigte sie sich gleich in dieser mit der Republikfrage. Es heißt da: „Ob Republik oder Monarchie? Das ist eine Frage, die uns erst in zweiter Linie steht, insofern, als es sich hierbei um eine formelle Gestaltung handelt. Die Republik ist allerdings die vollendetste Form zur wahren Verwirklichung der Freiheit; sie ist das letzte Ziel, nach dem wir streben, aber auf dem Wege organischer friedlicher Entwicklung. Wir können aber für jetzt über diese Frage um so ruhiger sein, als eben diese organische Entwicklung unserer Zustände und mit ihr die endliche Verwirklichung der Republik unaufhaltbleiblich ist. Es handelt sich jetzt zunächst um die Herbeiführung republikanischer Einrichtungen und die Sicherstellung und Gewährleistung des wahren und einzigen Mottos unserer jetzigen politischen Zustände, der Volkssouveränetät!" Auch in den nächsten Nummern behandelte die Dresdner Zeitung diese Frage. Dr. Minckwitz veröffentlichte drei Leitartikel über „Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!" In der Nr. 2 vom 3. Oktober hieß es da u. a.: „Die sogenannte konstitutionelle Monarchie ist entweder ein Unding oder sie fällt dem Wesen nach mit dem Freistaat zusammen . . . Der Freistaat, nicht nur im Wesen, sondern auch in der Form, ist nun allerdings vorzuziehen, da es eines freien Volkes würdiger ist, seine Beamten, namentlich den ersten und höchsten frei zu wählen, als sie durch Geburt, ohne Rücksicht auf die Befähigung zu erhalten."

Zu den bemerkenswertesten Ausführungen in jener Zeit über die Republikfrage gehört auch eine Rede des Staatsministers Oberländer. Am 9. Mai 1848, abends 6 Uhr, fand im Schützenhaus eine Besprechung der Wahlmänner der Wahl des XXI. Bezirks für Frankfurt a. M. statt. Der Staatsminister Oberländer war als „Minister-Wahlmann" anwesend. Niemand getraute sich zuerst das Wort zu ergreifen, eine peinliche Pause war nach der Eröffnung entstanden. Da nahm Oberländer das Wort. Ohne Umschweife, heißt es in einem Zeitungsbericht, ging er aufs Ziel los: ob Republik, ob konstitutionelle Monarchie? Nur zweierlei Regierungen gäbe es überhaupt jetzt zu unterscheiden, solche, die alles für das Volk täten, aber von oben aus und solche, die alles für das Volk durch das Volk getan wissen wollten. Zu letzteren gehöre neuerdings auch die sächsische Regierung, die schon einige wahrhaft republikanische Institutionen getroffen habe und durch ein freisinniges Wahlgesetz Sachsen zu einer Republik mit monarchischer Spitze machen werde. Die reine republikanische Form, das Königtum, sei nur das Bedürfnis einzelner, die immer die besten, edelsten sein möchten, aber durchaus nicht Forderung der Gesamtheit. Darum für Sachsen: republikanische Monarchie, Auffassung in Form konstitutioneller Monarchie. Oberländer fügte noch hinzu, seit 20 Jahren habe er für diese Idee gestritten und werde ihr treu bleiben bis in den Tod.

Aus der „Republik mit monarchischer Spitze" ist es im Sachsen allerdings so wenig etwas geworden, wie aus der „reinen" Republik. Aber daß selbst der Minister das Schlagwort „Republik" für seine Regierungsform reklamieren mußte, um überhaupt Eindruck machen zu können, zeigt, wie sehr dieses Schlagwort damals zündete. Und ein großer Teil des demokratischen Bürgertums und die Arbeiter haben mit Bewußtsein auf die demokratische Republik hingearbeitet.

Von Mitte Oktober 1848 an lassen die Auseinandersetzungen über die Republikfrage nach: es war wieder die Zeit zum Handeln gekommen! Der beste Agitator für die republikanische Idee war ja auch die Regierung geworden. Und es galt in der Hauptsache nur, das bereits Errungene gegen die hereinbrechende Reaktion zu verteidigen. Der Verlauf des Kampfes und sein blutiges Ende in den Maitagen 1849 zeigten, daß die demokratischen und republikanischen Ideen mutige Vertreter gefunden hatten, die bereit waren, auch für ihre Sache zu sterben!

Edmund Fischer.

* Siehe hierüber den Artikel: Der Oktober 1848 in Dresden, in der Nr. 228 der Dresdner Volkszeitung.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19081205/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG